

Unternehmerbesuch bei Trump empört die Politik

Der amerikanische Präsident erwartet von der Schweiz weitreichende aussenpolitische Zugeständnisse

CHRISTINA NEUHAUS

Was genau haben die schwerreichen Schweizer Unternehmer, die vergangene Woche das Weisse Haus besuchten, dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump versprochen? Weihrauch, Gold, Myrrhe und einen Kolonialvertrag? Fordert Trump im Gegenzug für tiefere Zölle, dass die Schweiz schärfere Regeln für die wirtschaftlichen Beziehungen mit China aufstellt?

Der Besuch in Washington hat am Wochenende Kritik ausgelöst. Der «Sonntags-Blick» titelte: «In der Politik schlägt die Stunde der grossen Tiere». Die «Sonntags-Zeitung» kommentierte: «Die Schweiz als Trumps Hilfspolizist».

Politiker im linken wie im rechten Spektrum reagieren empört. Der Zürcher FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann spricht von «Cowboy-Weltpolitik». Der SP-Co-Präsident Cédric Wermuth sagt, die Intransparenz der ganzen Verhandlungen sei nicht mehr tragbar, und der Luzerner SVP-Nationalrat Franz Grüter gibt zu Protokoll, er wäre «sicher dagegen», wenn die Schweiz das amerikanische Regime für Exportkontrollen und Sanktionen «vollständig übernehmen müsste», nur um im Gegenzug tiefere Zölle zu erhalten. Sogar Monika Rühl, die Direktorin des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse, lässt sich zu einem besorgten Kommentar hinreissen. Sie findet es «ein No-Go», wenn die Schweiz die amerikanischen Sanktionen automatisch übernehme.

Hintergrund der kollektiven Empörung ist, dass Donald Trump gegenüber den Schweizer Wirtschaftsvertretern offenbar durchblicken liess, dass er sich im Gegenzug für tiefere Zölle eine stark auf die USA ausgerichtete Schweizer Aussen- und Handelspolitik wünsche. Länder wie Kambodscha oder Malaysia haben ihm kürzlich zugesichert, die amerikanischen Exportvorgaben und Sanktionen gegen China weitgehend zu übernehmen.

Pragmatiker am Drücker

Doch weder das federführende Schweizer Wirtschaftsdepartement noch die an der Handelsdiplomatie beteiligten Unternehmer haben die Absicht, ihre Handelspolitik faktisch an Washington auszurichten. Alfred Gantner, der Vertreter der Partners Group, engagiert sich in der Schweiz gegen einen «Anbindungsvertrag» mit der EU. Weshalb sollte er sich für einen Vertrag mit den USA starkmachen, der tief in die Schweizer Handels- und Aussenpolitik eingriffe?

Was die USA von der Schweiz genau fordern, ist offen. Doch Trump hat klar gemacht, dass nun wieder die Politik am Zug ist. Er hat sich mit den Wirtschaftsvertretern getroffen, die Magistraten überlässt er seinem Handelsbeauftragten Jamieson Greer. Die Erleichterung in Bern über diese Entscheidung ist gross: Die Unternehmer haben eine Tür zu Trump aufgestossen und ihn mit kon-

kreten Investitionsversprechen milde gestimmt. Indem Trump Greer in seiner Mitteilung auf Truth Social namentlich nannte, machte er auch klar, dass der stets kritische Handelsminister Howard Lutnick und Finanzminister Scott Bassett nun ihrem Kollegen das Feld überlassen. Die Federführung hat Greer, und damit ist klar, dass sein Partner auf Schweizer Seite Guy Parmelin ist.

Für die Schweiz ist das eine gute Entwicklung. Greer und Parmelin sind zwei Pragmatiker, die bisher nie damit aufgefallen waren, die Grenzen der Demokratie in Richtung Willkür zu verschieben. Für Bern ist eine rechtlich bindende Verpflichtung gegenüber den USA inakzeptabel. Der Bundesrat kann seinen amerikanischen Partnern höchstens versichern, dass man ihre Anliegen künftig «wohlwollend prüfen» werde – was ohnehin gängige Praxis ist.

Einigung noch vor dem WEF?

Die Empörung in der Politik ist vorschnell, aber verständlich. Dass sich Schweizer Unternehmer im Oval Office mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, dessen Sohn, einem hochkarätigen Lobbyisten und dem amerikanischen Handelsminister trafen, ohne dass ein einziges Mitglied der Schweizer Landesregierung dabei gewesen wäre, ist zumindest erklärungsbedürftig.

Tatsache ist, dass der amerikanische Präsident Handelspolitik offen als Machtinstrument einsetzt. Die Schweizer Diplomatie war blockiert, das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten weitgehend machtlos, deshalb schalteten sich die Schweizer Unternehmer mit ihren exzellenten Kontakten ein.

Die ökonomischen Interessen sind zur aussenpolitischen Realität geworden. Der Besuch der Unternehmer in Washington hat diese unangenehme Wahrheit nun offengelegt. Sie haben Trump nicht nur konkrete Vorschläge zur Reduzierung des Handelsbilanzdefizits mitgebracht, sondern auch eine teure Rolex und einen Goldbarren mit gravierter Widmung. Kein Wunder, reagiert die Politik alarmiert. In Guy Parmelins Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung betont man allerdings, dass Bern sowohl vor als auch nach dem Besuch in Washington in alle Entscheidungen einzbezogen gewesen sei.

Noch ist offen, was der Besuch in Washington gebracht hat. In den betroffenen Branchen hofft man auf einen Deal bis spätestens zum World Economic Forum (WEF) Anfang Januar in Davos. Wahrscheinlicher ist aber eine gemeinsame Absichtserklärung, wie sie die USA und die EU unterzeichnet haben. Sie könnte immerhin dazu führen, dass die Zölle bereits vor einer definitiven Einigung sinken. Gleichzeitig liesse sie die Frage, wie weit die Schweiz den Forderungen aus Washington tatsächlich entgegenkommen will, erst einmal unbeantwortet. Noch gelten 39 Prozent.